

Titel Für einen konsequenten Klimaschutz und eine effiziente Energiewende

AntragstellerInnen Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Für einen konsequenten Klimaschutz und eine effiziente Energiewende

1 Für uns ist klar, dass das im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 festgelegte 1,5 Grad-Ziel unbedingt eingehalten
2 werden muss. Sonst drohen Ende dieses Jahrhunderts Dürren, Nahrungsmittelknappheit und Überschwemmungen,
3 durch die Milliarden von Menschen ihren Lebensraum verlieren könnten. Um dies zu verhindern, hat die Mensch-
4 heit noch maximal 20 Jahre Zeit, die globalen Treibhausgas-Emissionen auf Null zu bringen. Die Einhaltung des 1,5
5 Grad-Ziels wurde im Bundestag einstimmig ratifiziert. Dennoch trägt keines der von der Bundesregierung bisher auf
6 den Weg gebrachten Gesetze aus dem Klimaschutzprogramm 2030 wesentlich dazu bei, dieses selbst gesteckte Ziel
7 zu erreichen. Wollte Deutschland nämlich ernsthaft zur Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels beitragen, müsste es darauf
8 hinarbeiten, bis spätestens 2040 seine THG-Emissionen auf Null zu senken. Im Bundes-Klimaschutzgesetz von 2019
9 wird konträr dazu aber nur die Treibhausgasneutralität bis 2050 als unverbindliches langfristiges Ziel verfolgt. Auch
10 die deutschen Klimaziele für 2030 sind dementsprechend viel zu niedrig gesteckt und können bei Beibehaltung des
11 aktuellen Trends der deutschen THG-Emissionen dennoch nicht eingehalten werden. Zwar werden die Klimaziele für
12 2020 voraussichtlich erreicht werden, aber nur wegen des zufälligen Ausbruchs einer Viruspandemie. Von einem zü-
13 gigen Zurückkehren der THG-Emissionen auf ein Vorkrisenniveau nach Überwindung dieser ist auszugehen, auch in
14 Anbetracht des Trends nach früheren Krisen, wie etwa der Weltwirtschaftskrise von 2009.

15 Um diese Entwicklungen aufzuhalten und in Deutschland endlich zu einem radikalen, systematischen und effizienten
16 Klimaschutz zu gelangen, stellen wir folgende Forderungen:

17 **Die Energieversorgung von morgen!**

18 Der wichtigste Baustein einer gelingenden deutschen Energiewende und damit eines ernstzunehmenden Klimaschutz-
19 zes stellt der rapide Ausbau Erneuerbarer Energien dar. Da die Ausbaumöglichkeiten im Sektor der Biomasse durch
20 eine ohnehin schon nicht mehr umweltverträgliche Europäische Abholzung begrenzt ist und Deutschland nicht über
21 ausreichend hohe Berge zur nennenswerten Erzeugung von Wasserkraft verfügt, müssen sich die Anstrengungen
22 hier auf die drei Kernkonzepte Geothermie, Windkraft und Photovoltaik . Um bis 2040 THG-neutral zu werden, wird
23 hier ein Ausbau im folgenden Maße benötigt:

24 In der Windenergie müssen Erzeugungskapazitäten von insgesamt ca. 200 GW onshore und 70 GW offshore geschaf-
25 fen werden. Derzeit stehen Kapazitäten von 54 GW onshore und 7 GW offshore zur Verfügung. Dieses Defizit kann
26 nicht allein durch Bau von mehr Windkraftanlagen ausgeglichen werden. Um diese Ziele bis 2040 zu erreichen, müs-
27 sen die im Klimaschutzprogramm festgelegten Abstandsregelungen von 2000 Metern um Wohngebiete in Bayern
28 und 1000 Metern im restlichen Land für Windkraftanlagen dringend in angemessenem Maße reduziert werden. Die
29 für die Schaffung von 200 GW Erzeugungskapazitäten onshore benötigte Fläche beträgt ca. 2% der deutschen Lan-
30 desfläche. Durch die Abstandsregelungen reduzieren sich aber die für den Bau von Windkraftanlagen geeigneten
31 Flächen um 20-50%. Dies ist für eine gelingende Energiewende inakzeptabel.

32 Für die Photovoltaik muss das langfristige Ziel (bis 2040) ein Ausbau auf insgesamt 400 GW Erzeugungskapazität
33 sein. Aktuell steht diese bei 50 GW. Dieses Defizit soll kompensiert werden durch 50% Ausbau auf Gebäudedächern

34 und 50% auf Freiflächen (etwa 1000 km² Fläche benötigt, teilweise kombinierte Nutzung mit landwirtschaftlichen
35 Nutzflächen möglich).

36 Um die Energieversorgung Deutschlands bei jeder Wind- und Wetterlage zu sichern, müssen die Speichermöglichkei-
37 ten für Strom ausgebaut werden. Dazu soll die Forschung für Lithium-freie Batteriesysteme, Wasserstoffelektrolyse,
38 Power to X und die hierfür notwendige Carbon Capture and Utilization Technologie vom Bund gefördert werden.

39 Wasserstoff ist als Energieträger ineffizient, da beispielsweise 3 KWH Strom aus Solarenergie benötigt werden, um
40 1 KWH Strom aus grünem Wasserstoff zu erzeugen. Diese Technologie sollte deshalb auf Bereiche beschränkt blei-
41 ben, in denen es keine andere Möglichkeit gibt, grüne Energie zu nutzen, z. B. als Antrieb in Flugzeugen oder in der
42 Stahlindustrie. Wird der breite Einsatz von Wasserstoff als Energieträger forciert, würde das die Energiewende nur
43 unnötig verteuern.

44 Die Speicherung von Strom in Form von Wasserstoff sollte nicht forciert werden. Diese Speichertechnologie sollte nur
45 zur Speicherung von überschüssiger Energie von Windkraftanlagen und Photovoltaikanlagen eingesetzt werden. In
46 diesem Falle ist der hohe Energieverlust bei der Umwandlung in Wasserstoff akzeptabel, da bei einem Überangebot
47 von Strom Windkraft- und Photovoltaikanlagen abgeregelt werden müssen. Dieses Problem wird sich in der Zukunft
48 aufgrund einer starken Zunahme der Kapazität dieser Anlagen der Stromerzeugung verschärfen. Zudem ist keine
49 bessere Vernetzung der Stromnetze auf europäischer Ebene absehbar, mit der sich ein zu hohes Stromangebot aus
50 regenerativen Energien vermeiden ließe.

51 Damit ein solch starker Ausbau der Erneuerbaren Energien stattfinden kann, wie benötigt, um Deutschland bis 2040
52 klimaneutral zu machen und die Pariser Klimaziele einhalten zu können, müssen natürlich auch geeignete rechtliche
53 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde im Jahr 2000 eingeführt, um die
54 Markteinführung der Erneuerbaren Energien zu bewerkstelligen und für die Schaffung einer Konkurrenzfähigkeit die-
55 ser zu sorgen. Diesen Zweck hat es erfüllt. Allerdings gibt es im EEG viele Hürden, die den Ausbau der Erneuerbaren
56 Energien im heute nötigen Umfang bremsen, statt diese zu fördern. Der sogenannte Solardeckel, also das Entfallen
57 der Vergütung für Strom aus Photovoltaik-Anlagen ab 52 GW Gesamtleistung wurde zum Glück bereits gestrichen.
58 Doch es bestehen weiterhin zahlreiche gesetzliche Hemmnisse. So enthält z. B. §49 EEG die Regelung, die Einspei-
59 severgütung für Photovoltaik-Anlagen bei einem jährlichen Zubau, der die Grenze von 1,5 GW Energieleistung über-
60 schreitet, monatlich um 1,4% abzusenken. Durch diese Regelung wird ein sich entwickelnder Markt stetig künstlich
61 ausgebremst und innerhalb der nächsten zwei Jahre würde der Bau von Solaranlagen sowohl für gewerbliche Zwe-
62 cke als auch für Privatpersonen unwirtschaftlich und damit unattraktiv werden. Auch diese Regelung muss dringend
63 abgeschafft werden, um zu verhindern, dass sich der Ausbau Erneuerbarer Energien in den nächsten Jahren in die
64 völlig falsche Richtung entwickelt. Des Weiteren enthält das EEG zahlreiche Hürden der Bereitstellung von Solarstrom
65 für Mieter und strikte Flächenrestriktionen für den Photovoltaik-Ausbau, die dringend aus dem Weg geräumt werden
66 sollten. Außerdem wurde durch eine Abkehr der Festvergütung zu Gunsten von Ausschreibungen dafür gesorgt, dass
67 große Energieanbieter den Markt unter sich aufteilen können und kleine Akteure herausgedrängt werden.

68 All diese Probleme im EEG sind gravierend. Deshalb fordern wir die Abkehr von diesem Gesetz und die Entwicklung
69 eines neuen Gesetzeskonzepts, das die Förderung des Zubaus von Erneuerbaren Energien im großen Stil in den Vor-
70 dergrund stellt, und zwar abhängig von den Treibhausgas-Emissionen in Deutschland: Sind diese zu hoch, müssen
71 Erneuerbare Energien noch stärker gefördert werden. Das bisherige Konzept, nach dem das Erreichen eines bestimm-
72 ten Kontingents an Erneuerbaren den Wegfall von Förderungen bedeutet, ist obsolet. Dadurch werden die einzigen
73 Technologien (Windkraft und Photovoltaik) künstlich klein gehalten, mit deren Hilfe uns noch eine rechtzeitige Ener-
74 giewende gelingen kann. Das EEG soll man hierbei auslaufen lassen und parallel dazu ein neues Gesetz auf den Weg
75 bringen, um dieses abzulösen. Durch einen fließenden Übergang wird die Gefährdung der Förderung älterer Anlagen
76 verhindert.

77 **Mutig für die Wärmewende!**

78 Der Anteil Erneuerbarer Energien am deutschen Gesamtenergiebedarf (Strom, Wärme, Verkehr) liegt aktuell bei etwa
79 15%. Selbst bei schnellstem Zubau an Erneuerbaren Energien wird es nicht mehr gelingen, diesen Anteil beim aktu-
80 ellen Niveau bis 2040 auf 100% zu steigern. Daher muss ein weiterer großer Aspekt der Deutschen Energiewende die
81 Senkung des Gesamtenergiebedarfs sein. Einen wichtigen Baustein stellt hier die Förderung wirksamer Gebäude-
82 dämmung dar. Ein weiterer essentieller Schritt wäre ein Verbot des Einbaus von Öl- und Gasheizungen in Deutschen
83 Gebäuden. Stattdessen muss flächendeckend auf nachhaltige Heizungssysteme gesetzt werden, die auf erneuerba-
84 ren Energien basieren (Wärmepumpen, Solarthermie, Geothermie, Biomasse). Dabei muss das Ziel sein möglichst

85 oft Nah- und Fernwärmenetze zu etablieren. Die Mehrkosten, die beim Neubau von nachhaltigen Heizungssystemen
86 auffallen, dürfen jedoch nicht vollständig zu Lasten der Käufer*innen entstehen. Die Mehrkosten, die beim Neubau
87 von nachhaltigen Heizungssystemen auffallen, dürfen jedoch nicht vollständig zu Lasten der Käufer*innen entstehen.

88 **Mobilität: Nachhaltig und für alle!**

89 Auch im Verkehrssektor muss es uns gelingen, den Energieverbrauch signifikant zu senken. Hier muss die Botschaft
90 ganz klar lauten: Weg vom Individualverkehr, hin zu Öffentlichen Verkehrsmitteln. Deutschland muss anstreben, sei-
91 ne Autoflotte bis 2040 zu halbieren. Hierbei muss dafür gesorgt werden, dass Öffentliche Verkehrsmittel für alle
92 Menschen erreichbar und erschwinglich sind. Das Klimaschutzprogramm 2030 sieht bereits sowohl eine Erhöhung
93 der Bundesmittel für die Deutsche Bahn (Modernisierung, Ausbau und Elektrifizierung des Schienennetzes und des
94 Bahnsystems) und für den ÖPNV nach GVFG vor. Wir fordern, dass die Verhältnismäßigkeit dieser Finanzmittel für
95 das langfristige Ziel des Ersatzes von 50% des Individualverkehrs regelmäßig geprüft und bei eventuellen Defiziten
96 nachgebessert wird. Des Weiteren fordern wir, dass das Geld des Bundes bei der Bahn zu einem angemessenen Teil
97 in den ambitionierten Ausbau des Güterverkehrs per Schiene gesteckt wird. Sowohl im Fernverkehr als auch im ÖPNV
98 muss dafür gesorgt werden, dass genug Finanzmittel darin investiert werden, die Fahrkarten für alle Menschen er-
99 schwinglich zu machen. Es kann nicht weiter angehen, dass einige öffentliche Verkehrsmittel unattraktiv sind, da ihre
100 Nutzung teurer wäre als eine Fahrt mit dem Auto. Unser langfristiges Ziel ist der ticketlose, also gebührenfreie ÖPNV.
101 Auch der Radverkehr in Deutschland muss allorts gefördert werden, durch verstärkten Ausbau von Radwegen und
102 Errichtung sicherer Stellplätze.

103 Letztendlich kann eine Klimaneutralität bis 2040 allerdings nur gelingen, wenn die dann noch verbleibenden Fortbe-
104 wegungsmittel des Individualverkehrs nicht mehr mit Fossilen Brennstoffen betrieben werden. Elektroautos haben
105 einen Wirkungsgrad von 90% (gegenüber gerade mal durchschnittlich 30% bei Autos mit Verbrennungsmotoren).
106 Durch die Nutzung von Elektroautos können damit nicht nur 2/3 an Energie im Individualverkehrssektor eingespart
107 werden, diese können bei Betrieb mit Strom aus Erneuerbaren Energien auch klimaneutral betrieben werden. Wir
108 fordern daher ein Verbot der Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotor ab 2030 und eine angemessene För-
109 derung der Elektromobilität, insbesondere durch den starken Ausbau der Ladeinfrastruktur in Deutschland. Der Aus-
110 stieg aus dem Verbrennungsmotor soll dabei in einem Prozess unter Beteiligung der Gewerkschaften, der Industrie,
111 der Umweltverbände, der betroffenen Regionen und der Politik ausgestaltet werden. Die im Klimaschutzprogramm
112 geplante Errichtung von 1 Mio. Ladepunkten bis zum Jahr 2030 ist hierbei nicht ausreichend.

113 **Kohlestop!**

114 Nicht nur der Ausbau Erneuerbarer Energien muss deutlich schneller vonstatten gehen, als derzeit vorgesehen, auch
115 beim Ausstieg aus veralteten klimaschädlichen Technologien ist dies der Fall. Das im Juli 2020 beschlossene Kohle-
116 ausstiegsgesetz stellt daher für das Weltklima keineswegs einen Erfolg dar. Bei einem Kohleausstieg bis "spätestens"
117 2038 ist ein Nicht-Einhalten der Pariser Klimaziele vorprogrammiert. Das Jahr 2038 als Enddatum ist ein willkürlich
118 gestecktes Ziel, das dem Klima mehr schadet als nützt. Würde in Deutschland endlich mit dem wirklich ambitionierten
119 Ausbau Erneuerbarer Energien begonnen werden, wäre ein Weiterbetrieb von Kohlekraftwerke durch die Preise von
120 THG-Zertifikaten im Europäischen Emission Trade System spätestens bis 2030 unwirtschaftlich. Wir fordern daher
121 ein Enddatum für den vollständigen Kohleausstieg nicht später als 2030.

122 **Klimaschutz heißt Chancen!**

123 Selbstverständlich muss eine gelingende Energiewende auch die Menschen mitnehmen. Wie bei jedem größeren
124 technologischen Wandel in der Geschichte der Menschheit werden einige der heutigen Berufe im Laufe dieser Ent-
125 wicklung obsolet werden, beispielsweise in der Kohlekraft, Atomkraft, Automobilindustrie oder Luftfahrtbranche.
126 Doch anstatt stur an alten Technologien festzuhalten, um Jobs zu erhalten und damit eine globale Klimakrise noch
127 unvorstellbaren Ausmaßes zu riskieren, muss den Menschen die Möglichkeit gegeben werden, sich an die neuen Ver-
128 hältnisse anzupassen. Wir fordern daher die Auflage eines umfangreichen bundesweiten Umschulungsprogramms.
129 Für die Energiewende wird viel Personal benötigt werden. Soll die THG-Neutralität Deutschlands bis 2040 erreicht
130 werden, müssen in den nächsten Jahren in großem Umfang neue Stellen in den oben genannten Schlüsseltechno-
131 logien geschaffen und besetzt werden. Der Personalbedarf ist da, es muss nun dafür Sorge getragen werden, dass
132 sich Menschen, deren alter Job womöglich der Energiewende zum Opfer fällt, für diese neuen Posten qualifizieren
133 können.

134 **Act Global!**

135 Deutschland kann die Rettung des Weltklimas nicht alleine erreichen. Wir sind dabei auf Zusammenarbeit mit ande-
136 ren Ländern angewiesen, auf globaler Ebene, besonders aber auch in der Runde unserer Europäischen Nachbarn.
137 Die EU-Kommission hat bereits 2019 einen Fahrplan für die Erreichung von Klimaneutralität innerhalb der EU in Form
138 des Green Deals vorgestellt. Mag dieses Programm auch nicht perfekt sein, so stellt es doch ein wichtiges Zeichen
139 des Umdenkens in der EU beim Thema Klimaschutz dar. Wir fordern, dass Deutschland auf EU-Ebene die Maßnah-
140 men im Rahmen dieses Plans radikal unterstützt, anstatt sie zu blockieren. Die bundesweiten Anstrengungen zum
141 Klimaschutz sollen außerdem wenigstens an diesen europäischen Handlungsrahmen angeglichen werden, wo dieser
142 ambitionierter ist.

143 Die Bundesrepublik ist in den letzten Jahren in Sachen Klimafreundlichkeit in der globalen Zusammenschau deutlich
144 ins Hintertreffen geraten. Wir fordern, dass Deutschland wieder eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt und als
145 reiches Industrieland mit gutem Beispiel vorangeht.

146 **Nicht reden, handeln!**

147 Der Klimawandel stellt eine globale Bedrohung nicht nur für uns Menschen, sondern den gesamten Planeten mit all
148 seinen Ökosystemen dar. Wir sind wohl die letzte Generation, die ihn noch aufhalten kann. Aber das wird uns nur
149 durch radikale Änderungen des status quo gelingen, nicht durch Zögerlichkeit und halbgeare Kompromisse. Mit Na-
150 turgesetzen lässt sich nicht verhandeln. Werden bestimmte Kippunkte im Weltklima einmal überschritten, sind die
151 Folgen verheerend und nicht mehr rückgängig zu machen. Egal, ob sie ein paar Jahre früher oder später überschrit-
152 ten werden und auf welche Weise. Wir fordern daher den Einsatz der SPD für einen ambitionierten, konsequenten
153 Klimaschutz und eine schnelle, effiziente Energiewende, um unseren Planeten noch zu retten.